



Inklusiv. Sozial. Gerecht.

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner.
Behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche war sehr emotionsbeladen. In Trier trauern wir noch der getöteten jungen Frau nach und sind alle fassungslos. Dann der Flugzeugabsturz in den Alpen. Ich bin tief bestürzt und fühle mit den Familien und Freunden der Opfer. Schockiert bin ich auch über die respektlose und sensationsgierige Berichtserstattung der Medien. Darüber müssen wir jetzt eine Debatte führen!

Im Berlin standen diese Woche der Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras und Alexander Dobrindts PKW-Maut an. Ich habe gegen die PKW-Maut gestimmt, da sie volkswirtschaftlich sinnlos und für die Region Trier besonders schädlich ist.

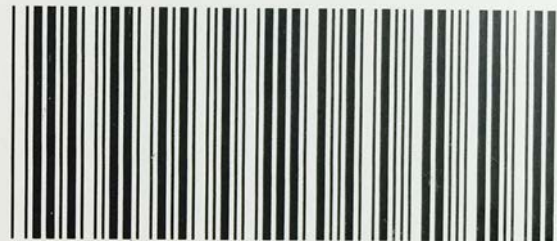
Mein Hauptaugenmerk lag diese Woche jedoch auf Genf. Dort fand die Staatenprüfung Deutschlands zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention statt. Wie erwartet gab es viel Kritik an der Bundesrepublik.

Ich wünsche Euch allen viel Spaß beim Lesen. Eure

Katrin Werner

18-758

Nein



18175800

Katrin Werner
 DIE LINKE.

Klares Nein von Katrin Werner zur PKW-Maut

Heute beschloss die Bundesregierung auf Drängen der CSU die PKW-Maut.

Dazu Katrin Werner: „Ich habe heute im Bundestag gegen die Einführung der PKW-Maut gestimmt. In meinen Augen ist die PKW-Maut das sinnloseste Gesetz der Bundesregierung, seit der, als Herdprämie verschrien, Mütterrente. Die PKW-Maut wird nicht etwa deswegen eingeführt, weil es verkehrspolitisch oder volkswirtschaftlich nötig und sinnvoll ist, sondern um bayrische Stammtische zu bedienen. In meinen Augen ist die PKW-Maut nicht konform mit EU-Recht und ich bezweifle stark, dass die vom Alexander Dobrindt berechneten Einnahmen tatsächlich zustande kommen. Ich bin mir sicher, dass die PKW-Maut im Bundestag keine Mehrheit bekommen würde, wenn alle Abgeordneten nach ihrer Überzeugung stimmen würden. Deshalb appellierte ich, besonders an die Abgeordneten aus der Region, gegen dieses Geschenk an die CSU zu stimmen. Für unsere Region ist die PKW-Maut eine Katastrophe, da sie den wirtschaftlichen, kulturellen und touristischen Austausch einschränkt. Dem Trierer Handel und der Gastronomie drohen Umsatzverluste – das ist wirtschaftlich verantwortungslose Politik!“

Dass die PKW-Maut gegen die europäische Idee verstößt, erörterte Katrin Werner am Donnerstag in einer Pressemitteilung [Hier nachlesen Lokalo.de Artikel nachlesen](#)



Alexis Tsipras zu Besuch in Berlin

Gregor Gysi und Katja Kipping sprachen am Dienstag mit dem griechischen Ministerpräsidenten, Alexis Tsipras, über den Kurs seiner Regierung, um das Land aus der Krise zu führen, die Verhandlungen mit der EU und die Position der Bundesregierung dabei.



Herzlich Willkommen Birgit Menz!

Birgit Menz bereichert als neue Abgeordnete unsere Fraktion seit dieser Sitzungswoche. Sie rückt für die Bremerin Agnes Alpers nach, die aus gesundheitlichen Gründen ihr Mandat abgegeben hat.

Birgit Menz wird als Vollmitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit arbeiten. Stellvertretende Mitgliedschaften nimmt sie in den Ausschüssen für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung wahr. Die 53-jährige gelernte Buchhändlerin hat, wie Katrin Werner, zudem eine Funktion als Schriftführerin sowie die Funktion der Obfrau im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung angetreten.

„Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Birgit Menz. Besonders im Bildungsbereich werden wir uns sicherlich öfters austauschen.“ freut sich Katrin Werner.



Wovon träumt Minister Gröhe nachts?

„Die von Gesundheitsminister Gröhe als "Großer Wurf für die Hebammen" angekündigte Lösung der Haftpflichtprobleme ist gescheitert. Die Regierung schlägt einen sogenannten Regressverzicht vor. Das bedeutet, dass die Haftpflichtversicherungen der Hebammen den Krankenkassen nicht mehr die Behandlungskosten nach einem Fehler erstatten. Dadurch sollen die Haftpflichtprämien sinken. Diese sind derzeit so hoch, dass viele Hebammen ihren Beruf nicht mehr ausüben können. Doch Gröhes Hoffnungen wurden in der Anhörung am 25. März zum Antrag der Linksfraktion zerschlagen. Der Regressverzicht geht ins Leere. Nach endlosen Palavern und Ablenkungsmanövern stehen die Hebammen erneut bei Null.“ kommentiert Cornelia Möhring, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag die Entwicklungen bei den Hebammen. [Zum Artikel](#)

Der Landesvorstand der LINKEN Rheinland-Pfalz hat vergangene Woche eine Resolution zu der Situation der Hebammen verabschiedet. [Hier zum Nachlesen](#)



TTIP und CETA sehr wohl Sache der Kommunen

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages (WD) hat ein Gutachten veröffentlicht, das zu dem Ergebnis kommt, dass sich Gemeinderäte und Kreistage (kommunale Vertretungen) nicht mit den internationalen Freihandelsabkommen TTIP und CETA befassen und keine Beschlüsse fassen dürfen. „Das sehen meine Fraktionskolleginnen Kerstin Kassner und Susanna Karawanskij ganz anders! Dem können sich die große Mehrheit des Trierer Stadtrats und ich nur anschließen! Ich bin froh, dass auf Initiative der Trierer Linksfraktion im Stadtrat eine Resolution gegen TTIP & Co verabschiedet wurde.“ kommentiert Katrin Werner. [Zum Artikel von Kerstin und Susanna](#)

[Mehr Informationen über die Trierer Resolution hier](#)



V-Leute bleiben tickende Zeitbomben

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow wertet die Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach mehr Beweisen für die Abschaltung von V-Leuten als Alarmzeichen für das laufende NPD-Verbotsverfahren. Er appellierte an die übrigen 15 Bundesländer, klare Zeichen zu setzen und sich komplett von den Informanten zu trennen. Darauf warteten die Karlsruher Richter. Die von ihm geführte rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen hat die V-Leute des Verfassungsschutzes abgeschaltet. "Das waren keine Vertrauensleute, sondern vielfach staatlich alimentierte Nazis", so Ramelow. [Hier zum Weiterlesen](#)



Besuch der Trierer Linksjugend-Sprecherin Milena Mess

Am Mittwoch besuchte Milena Mess, Mitglied des SprecherInnenrates der Linksjugend [solid] Region Trier, spontan das Bundestagsbüro von Katrin Werner. Im gemeinsamen Gespräch zwischen den Terminen der Trierer Abgeordneten tauschten sich die beiden Genossinnen über die Landtagswahl 2016 und die Kreisvorstandsarbeit aus.



Bild: Wikipedia

Einführung von Oberbürgermeister Wolfram Leibe

„Ich wünsche Wolfram Leibe viel Erfolg und Durchhaltevermögen als neuer Oberbürgermeister Triers. Er wird sich vielen Herausforderungen stellen müssen: Intransparenz, Bürokratie und Politikverdrossenheit müssen gemeinsam mit der Bevölkerung bekämpft werden. Die kommunalen Finanzen werden regelmäßig Falten auf seiner Stirn verursachen – Hier muss Leibe mit aller Härte für die Interessen der Stadt Trier eintreten! Vor allem aber am politischen Stil wird sich Wolfram Leibe in der ersten Legislaturperiode messen lassen müssen!“ kommentiert die Trierer Bundestagsabgeordnete Katrin Werner den Amtsantritt des SPD-Politikers. [Die Pressemitteilung zum Nachlesen](#)

Behindertenpolitik



Deutsche Regierung gerät am ersten Tag der Staatenprüfung unter Druck

Der erste Tag der Staatenprüfung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Genf ist vorüber, die ersten Hausaufgaben für die Bundesregierung sind groß. Bereits gestern gab es wichtige wegweisende Impulse zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. Neben zentralen Problemen bei der Umsetzung der UN-BRK, wie z.B. Zwangsbehandlungen, die Reform des Betreuungsrechts, Mehrfachdiskriminierungen von Menschen mit Behinderungen, Missbrauch an intersexuellen Menschen, Gewalt an Frauen und Mädchen mit Behinderungen, gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen oder das Wahlrecht für ALLE Menschen wurde von den Nichtregierungsorganisationen auch das nicht eingehaltene Versprechen des Koalitionsvertrages angesprochen: Fünf Milliarden Euro, die im Zuge des entstehenden Bundesteilhabegesetzes den Kommunen zukommen sollten, sind nun nicht mehr an die Reformierung der Eingliederungshilfe gebunden, sondern werden allgemein investiert.

„Die bisherigen Antworten der Regierung auf die Fragen der Prüfungskommission sind enttäuschend. Ich bin neugierig, wie heute die weiteren Antworten der Regierung ausfallen und welche Schwachstellen bei Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention besonders zu Tage kommen.“, so Katrin Werner.

Höhere Leistungen für Haushaltsangehörige im SGB XII erreicht

Druck der Öffentlichkeit, der Betroffenen und Betroffenenorganisationen sowie der LINKEN wirkt zugunsten der Betroffenen im SGB XII.

Endlich reagiert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) auf die Urteile des Bundessozialgerichts (BSG) vom Juli 2014 zur bisherigen Einstufung von haushaltsangehörigen, nicht verpartnerten Leistungsberechtigten im SGB XII in die Regelbedarfsstufe 3. Den Betroffenen – vielfach Menschen mit Behinderungen, die im Haushalt ihrer Eltern leben – ist durch diese Praxis seit April 2011 der anerkannte Bedarf um 20 Prozent – etwa 80 Euro pro Monat – reduziert worden. Das Bundessozialgericht stellte bereits im Juli 2014 klar, dass diesen Menschen der volle Regelbedarf zusteht. Am Dienstag, den 24. März 2015, wurde diese Grundsatzentscheidung vom BSG in weiteren Entscheidungen bestätigt. [Hier weiterlesen](#)

Neue Publikationen



Die neue DISPUT ist erschienen

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung. Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Debatten, Porträts, Interviews und Reportagen aus dem politischen Alltag. Und einer einzigartigen Seite 48. [Hier zum Download](#)

Die Print-Version der DISPUT kann man auch abonnieren. [Abonnieren](#)



LINKE für offene Einwanderungsgesellschaft und gleiche Rechte für alle – gegen ausgrenzende Gesetze

Die Linksfraktion im Bundestag verabschiedete am Dienstag eine Resolution zur aktuellen Diskussion um ein Einwanderungsgesetz. [Hier zum Nachlesen](#)

Zum gleichen Thema veröffentlichte Katrin Werner letzten Monat eine Pressemitteilung. [Hier zum Nachlesen](#)

Termine und Ankündigungen

Ostermarsch gegen Atomwaffen in Büchel

MONTAG 06. APRIL 2015 – 14.00 – BÜCHEL - [Mehr Informationen hier](#)

Linke Woche der Zukunft

DONNERSTAG 23. - SONNTAG 26. APRIL – BERLIN – [Mehr Informationen hier](#)

Informationsfahrt nach Berlin

Mehrfach im Jahr organisiert Katrin Werner Informationsfahrten nach Berlin. Die Besucherfahrten bieten spannende Einblicke in die Arbeit des Bundestages. In der Hauptstadt stehen neben dem Besuch des Bundestages Termine bei Ministerien, Bildungseinrichtungen, Museen und Gedenkstätten auf dem Programm. Bei einer Stadtrundfahrt oder an den freien Abenden bietet sich die Möglichkeit die Großstadt zu entdecken. Die nächste Fahrt findet vom 28. April bis zum 01. Mai statt. Die Teilnahme ist kostenlos. DIENSTAG 28. APRIL – FREITAG 1. MAI – BERLIN – [Mehr Informationen und Anmeldung hier](#)

LINKE Politik konkret – fünf Tage bei der Linksfraktion

Eine Veranstaltung für junge GewerkschafterInnen im Bundestag. Anmeldeschluss: 15. April. MONTAG 08. - FREITAG 12. JUNI – BERLIN – [Mehr Informationen hier](#)

Kontakt

Bundestagsbüro in Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030)-227-74337
Telefax: (030)-227-76337
E-Mail: katrin.werner@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Trier

Paulinstr. 1-3
54292 Trier
Telefon: (0651)-1459225
Telefax: (0651)-1459227
E-Mail: katrin.werner.wk@bundestag.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

DIE LINKE.
RHEINLAND-PFALZ

DIE LINKE.
Kreisverband Trier-Saarburg

DIE LINKE.
Linksfraktion im Trierer Stadtrat

[Anmelden](#) / [Abmelden](#)